

SPD demokratischer pressediens

P/XXIX/183

25. September 1974

Dr. Kohl und der demokratische Anstand

Zur Doppelstrategie der C-Parteien im Wahlkampf

Von Lothar Schwartz
Sprecher des SPD-Vorstandes

Seite 1 und 1a / 68 Zeilen

Entdeckt ein Teil der Union die Arbeitswelt?

Minderheiten der CDU/CSU bereiten drei Kongresse vor

Von Olaf Sund MdB
Mitglied des Bundestagsausschusses für Arbeit und
Sozialordnung

Seite 2 und 3 / 48 Zeilen

Bewährungsprobe für die Demokratie

Die Polizei schützt öffentliche Sicherheit und
Grundrechte

Von Willi Görlach MdL
Vorsitzender der SPD-Fraktion im hessischen Landtag

Seite 4 und 5 / 80 Zeilen

Unter dem Diktat der Interessen-Mafia

Auf dem CDU-Wohnungsbaukongreß gab die Hauseigner-
Lobby den Ton an

Von Hans Satz MdB
Mitglied des Bundestagsausschusses für Raumordnung,
Saubwesen und Städtebau

Seite 6 / 32 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

5300 Bonn 12, Haussallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 36
Telex: 08 86 846 - 46 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 106-112, Telefon: 37 66 11

Dr. Kohl und der demokratische Anstand

Zur Doppelstrategie der C-Parteien im Wahlkampf

Von Lothar Schwartz

Sprecher des SPD-Vorstandes

Innerhalb von vier Tagen - vom 20. bis 23. September - wurde den aufmerksamen und objektiven Beobachtern der politischen Szene in unserem Lande deutlich, daß die Opposition ihre Strategie für die Landtagwahlkämpfe in Bayern und Hessen auf ein Spiel mit verteilten Rollen angelegt hat: Der vor allem vom Zweiten Deutschen Fernsehen in die Rolle des soliden, bedachten und vertrauenswürdigen Staatsmannes hochgejubelte CDU-Vorsitzende Dr. Helmut Kohl, sein ältester und eloquenter Generalsekretär Kurt Biedenkopf und die innen- und außenpolitische Mehrzweckwaffe Leisler Kiep gerieren sich - mehr oder weniger pathetisch - als sorgenbeladene "Saubermänner" unserer Demokratie und der politischen Moral in unserem Lande. Ihre Parteifreunde F.J. Strauß, Alfred Dregger, Richard Stücklen und Co. spielen den Part der hemmungslosen Demagogen, der natürlich auch eine beachtliche Klientel hat und noch findet.

Diese ganz spezielle Doppelstrategie sieht praktisch so aus: MdS Walther Leisler Kiep warnt im "Deutschland-Union-Dienst" seiner Partei am 20. September vor Ratgebern der CDU, die ihr eine stärkere Rechtsorientierung empfohlen. Zu diesem Zeitpunkt ist längst bekannt und von hessischen NPD-Funktionären trotz CDU-Dementis wiederholt bestätigt, daß es offensichtlich mit Wissen und Duldung des CDU-Landesvorsitzenden Dr. Alfred Dregger Kontakte wegen eines Wahlbündnisses zwischen CDU und NPD gegeben hat.

Am 23. September trat der CDU-Vorsitzende Dr. Kohl während einer Sitzung seines Parteivorstandes in Bonn vor die Presse, beklagte vor dem aktuellen Hintergrund der nachdrücklich zu verurteilenden Störungen und Auseinandersetzungen bei einer CDU-Kundgebung in Frankfurt die "Verwilderung des politischen Klimas" in der Bundesrepublik Deutschland. Dabei richtete er speziell an den SPD-Vorsitzenden Willy Brandt den Vorwurf, die "Verteufelung" der Opposition zu betreiben. Dr. Kohl formulierte

dann schließlich den Appell an "die demokratischen Gruppierungen", sich gegen eine "totale Polarisierung" in der Bundesrepublik zu wenden.

Er hat dabei seine Vorwürfe und Appelle an völlig falsche Adressen gerichtet. Zwei Tage zuvor, am 21. September, notierten Journalisten bei einem sogenannten Mittelstandekongreß der CDU/CSU in Erlangen nämlich folgende Zitate:

F.J. Strauß über den SPD-Vorsitzenden Willy Brandt: "Ein Schmierenskomödiant einer Provinzbohne."

Richard Stücklen über Bundeskanzler Helmut Schmidt: "Rüpelhafter Bundeskanzler, der in der Demagogie die Vollendung seines Amtes sieht."

Der bayrische Staatsminister Anton Jaumann über Bundesminister Dr. Hans-Jochen Vogel: "Dieser Opportunist und Lügner."

Der CDU-Vorsitzende Dr. Helmut Kohl wird aufgefordert, seine am Montag dieser Woche in Bonn in die Öffentlichkeit gesetzten Vorwürfe gegen die SPD und insbesondere ihren Vorsitzenden Willy Brandt mit Zitaten zu belegen, die sich auch nur annähernd mit diesen verbalen Sumpfbüchsen heißerfüllter Demagogie und Verunglimpfung vergleichen lassen. Er wird dazu nicht in der Lage sein. Er wird sich mit Sicherheit aber auch nicht von den hier belegten Entgleisungen führender Politiker der Schwesterpartei distanzieren. Denn: Laut Meinungsumfragen gilt der CSU-Vorsitzende F.J. Strauß mit 10 Punkten Vorsprung vor dem CDU-Vorsitzenden Dr. Kohl als der Mann, der auf die Politik der Unions-Parteien den größten Einfluß hat und nimmt. Und schließlich kann Dr. Kohl - mit dem Damoklesschwert einer "Vierten Partei" über und dem norddeutschen Konkurrenten Dr. Stoltenberg neben sich - letztlich doch nur Kanzlerkandidat werden, wenn er sich die Unterstützung von Strauß mit Wohlverhalten erkauft.

Es ist bedauerlich, daß Dr. Kohl auf dem schlimmen Weg ist, seine Glaubwürdigkeit als Demokrat und als Anwalt politischen Anstands unter Demokraten seinem - an sich durchaus legitimen - Ehrgeiz in so bestürzender Weise zu opfern.
(-/25.9.1974/bgy/pr)

+ + +

Entdeckt ein Teil der Union die Arbeitswelt ?

Minderheiten der CDU/CSU bereiten drei Kongresse vor

Von Olaf Sund MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Arbeit und Sozialordnung

In diesem Herbst soll für bestimmte Minderheiten der konservativen CDU/CSU-Opposition das gesellschaftspolitische Nachsitzen beginnen. Offensichtlich spüren die Spitzenvertreter der Sozialausschüsse und der Jungen Union immer deutlicher, daß sie den Anschluß an wichtige Entwicklungen verloren haben, die die Koalition unter der Überschrift "Humanisierung des Arbeitslebens" zusammenfaßt. Diese Teile der Union versuchen also, zumindest in der Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken, als wollten sie wenigstens einen Fuß auf ein gesellschaftspolitisches Terrain setzen, das die Sozialdemokraten schon seit langem eingenommen haben und mit großem Erfolg beackern.

Erinnert sei in diesem Zusammenhang vor allem an das Forschungsprogramm zur Humanisierung des Arbeitslebens, auf das sich der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung und der Bundesminister für Forschung und Technologie verständigt haben. Verbesserte Arbeitssicherheit durch Betriebsärzte und Sicherheitsfachkräfte, Kündigungsschutz für Jugendvertreter, Lohnsicherung bei Konkursen, Mindestanforderungen für Arbeitnehmerunterkünfte, neues Schwerbehindertenrecht, die Verbesserung und Vereinheitlichung der Rehabilitationsleistungen und der Ausbau der Betriebsverfassung - das alles sind wichtige Aktiva der Gesetzgebung in diesem Bereich, die bereits auf der Habenseite der Bilanz verbucht werden konnten.

Auf der Sollseite stehen die Verbesserung der beruflichen Bildung, der Ausbau der Mitbestimmung, die Verbesserung der betrieblichen Altersver-

sorgung, die Neuregelung des Jugendarbeiterschutzes sowie Arbeitsstättenverordnung, die Mindestanforderungen an die Arbeitsstätten festlegt und die die Bundesregierung noch in diesem Jahr vorlegen wird. Das Heimarbeitsänderungsgesetz konnte nur deshalb noch nicht in Kraft treten, weil die CDU/CSU-Mehrheit den Bundesrat erneut als Blockadeinstrument mißbraucht.

Der Politik der Koalition, die den Begriff "Humanisierung des Arbeitslebens" Schritt für Schritt mit konkretem Inhalt füllte, hatte die Opposition bisher nichts Gleichwertiges entgegenzusetzen. Unter der Regie des mächtigen Wirtschaftsrates, der das kleine Fährlein der Sozialausschüsse-Vertreter der CDU/CSU immerzu eindeutig dominierte, reichte es - wenn nicht strikte Ablehnung erfolgte - allenfalls zu einem halbherzigen Ja.

Nun sollen drei Kongresse helfen, die Politik der Union in ein günstigeres Licht zu rücken. "Der Mensch ist wichtiger als die Sache" - so lautet das Motto der Bundesbetriebs- und Personalrätekonferenz, die die Sozialausschüsse am kommenden Wochenende veranstalten werden. Für den Deutschlandtag der Jungen Union, der Anfang Oktober stattfinden soll, existiert eine Vorlage zur "Humanen Arbeitswelt". Und die Sozialausschüsse bereiten für Anfang Dezember einen Kongreß zu diesem Thema vor.

Die Arbeitnehmer werden die Politik einer Partei nicht an Kongreßthemen messen. Sie haben gelernt, die Entscheidungen in den Parlamenten zum Maßstab ihrer Beurteilung zu machen. Schon im Herbst wird den Vertretern von Sozialausschüssen und Junger Union reichlich Gelegenheit gegeben werden, Farbe zu bekennen und zu zeigen, wie ernst es ihnen tatsächlich mit der Humanisierung des Arbeitslebens ist. Allein semantische Konvergenzbemühungen ersetzen noch keine Politik. Die Oppositionsmehrheit wird ohnedies weiterhin versuchen, die Signale auf Halt zu stellen.

(-/25.9.1974/ks/pr)

+ + +

Bewährungsprobe für die Demokratie

Die Polizei schützt öffentliche Sicherheit und Grundrechte

Von Willi Görlach Mdl.

Vorsitzender der SPD-Fraktion im hessischen Landtag

Für Sozialdemokraten ist die öffentliche Sicherheit von außerordentlicher Bedeutung, denn wir brauchen sie, um in Frieden an einem fortschrittlichen Staat bauen zu können. Um diesen Grundsatz zu verwirklichen, bedarf es aufgeschlossener Polizeibeamter, die nicht nur den Auftrag sehen, dem Gesetz Geltung zu verschaffen, sondern auch Verständnis haben für die demokratischen Entwicklungen unserer Epoche. Eine in diesem Sinne sowohl von der Zahl, als auch von der Ausbildung her starke Polizei ist die beste Garantie gegen einen "Polizeistaat".

Der Einsatz gegen demonstrierende Massen, insbesondere dort, wo sich diese Demonstrationen unfriedlich entwickeln, gehört zu den Grenzsituationen polizeilicher Tätigkeit, selbst wenn diese Einsätze zu gewissen Zeiten und an bestimmten Orten häufiger notwendig werden. Naturgemäß entstehen dabei Situationen, in denen die physischen und psychischen Fähigkeiten des Polizeibeamten außerordentlichen Anforderungen unterliegen. Zunächst einmal ist festzustellen, daß zu den in unserer Verfassung garantierten Grundrechten die Versammlungsfreiheit zu friedlichen Zwecken gehört. Eingeschlossen ist darin das Recht auch auf friedliche Umzüge. Schon die Einordnung innerhalb der Grundrechtsartikel, die ja das Kernstück des Grundgesetzes darstellen, beweist, wie hoch die Verfassungsgeber die Freiheit bewerten, öffentlich und zu vielerlei eine Meinung vertreten zu können. In der Tat ist die Versammlungs- und Demonstrationenfreiheit eine nach langem schweren, oft blutigen Kampf von republikanischen und demokratischen Kräften errungenes Recht. Den besonderen Wert innerhalb der demokratischen Ordnung erhält dieses Recht, weil es die ultima ratio der freien Meinungsäußerung darstellt. Denn es bedarf schon eines Objektes von erheblicher öffentlicher Bedeutung in den Augen vieler und das offenkundige Versagen anderer Mittel, um Massen auf die Straße zu bringen.

Bedauerlicherweise wurden gerade in den letzten Jahren solche Massenversammlungen, die öffentliche Mißstände in friedlicher Form anprangerten, von kleinen radikalen Gruppen umfunktioniert in Manöverfelder für militante Auseinandersetzungen und in den Versuch, die Unfähigkeit staatlicher Durchsetzungskraft vor Augen zu führen. Die psychologischen Schranken, die im Verlauf der harten und tätlichen Auseinandersetzungen zustande gekommen sind, wurden von den Anarchisten und Chaoten gezielt erweitert und propagandistisch ausgewertet. Sie müssen ein Alarmzeichen für die demokratischen Parteien sein, denen das freie und friedliche

Demonstrationsrecht am Herzen liegt, sie müssen es auch für die Polizei sein, die Solidarisierungseffekte zwischen den militanten Gruppen und den friedlichen Demonstranten verhindern möchte. Jeder "heiße" Einsatz, wenn er nicht die Überzeugung vermittelt, daß wohlabgewogen nur die radikalen Kräfte zur Aktion gebracht werden, trägt zu solcher negativer Solidarisierung bei.

Was ist also zu tun? Da sind alle demokratischen Parteien anzusprechen. Demonstrationen sind nur möglich, wenn ein Anlaß vorhanden ist, der Massen zu mobilisieren vermag. Diese Anlässe gibt es nach wie vor: unzureichendes Bodenrecht, unsoziale Wohnverhältnisse, unzulängliche Gewichtsverteilung in den öffentlichen Haushalten, fehlende Steuerreform usw. Anlässe, wie ich meine, die der Bevölkerung das Recht geben, in einigen Fällen sogar die Pflicht aufzuerlegen, dagegen vorzugehen und sei es in Form von Demonstrationen. Grundlage für diese Unzulänglichkeiten sind unzureichende gesetzliche Bestimmungen, um nicht zu sagen, ungerechte Gesetze. Diese Gesetze müssen bald und umfassend reformiert werden.

Ich glaube, es ist überflüssig zu betonen, daß gerade die SPD hier Bar brechendes geleistet hat und leider oft im Feuer des parteipolitischen und institutionell-formalistischen Widerstandes steckengeblieben ist. Aber es den Parlamenten nicht gelingt, diese Ungerechtigkeiten zu beseitigen, werden die militanten Auseinandersetzungen noch über viele "heiße Frühlinge, Sommer und Herbst" andauern. Die Polizeiführung sollte der Trennung von friedlichen und militanten Demonstranten noch größere Aufmerksamkeit als bisher schenken. Vor allem sollte jedermann, der eine Demonstration zur Basis ungesetzlicher Handlungen machen will, von diesem Tun abgeschreckt werden. Dies ist zu erreichen, indem die Polizeikräfte in überlegener Stärke sichtbar werden.

Die zum Einsatz kommenden Beamten sollten in der Mehrzahl nicht mehr im Ausbildungsstadium sein und regelmäßig auf die psychologische Situation trainiert werden. Die Beweglichkeit der eingesetzten Polizei im Hinblick auf die Taktik anarchistischer Gruppen, in mehreren Stadtteilen zugleich mit provokativen Handlungen zu beginnen, muß erhöht, eventuell auch bei der Verteilung eingesetzter Verbände vorweg noch stärker berücksichtigt werden. Die Polizei sollte darüber hinaus analog den Werbeaktionen für die Berufswahl Aufklärung für potentielle Demonstranten geben, etwa, wie man sich verhalten muß, um als friedlicher Demonstrant nicht von repressiven Maßnahmen betroffen zu werden oder wie man der Polizei helfen kann, einen militanten Kern zu erkennen und dergleichen mehr. Solche präventiven Maßnahmen werden friedliche Demonstrationen und gezielte Polizeimaßnahmen erleichtern und die Polarisierung - hier Demonstranten - hier Polizei - mindern. Darüber hinaus verunsichert es militante Gruppen, wenn sie durch die Mehrheit der Demonstranten und die Polizei isoliert werden.

(-/ 25.9.1974/bgw/pr)

+ + +

Unter dem Diktat der Interessen-Mafia

Auf dem CSU-Wohnungsbaukongreß gab die Hauseigner-Lobby den Ton an

Von Hans Batz MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Beim "Wohnungsbaukongreß 74" der CSU in Nürnberg proklamierte CSU-MdB Dr. Oskar Schneider mit Blickrichtung auf die bayerische Landtagswahl das Klassenziel für die Kongreßdelegierten: "Der Kongreß hat sein Ziel erreicht, wenn er deutlich macht, daß die CSU auch - und in erster Linie - eine Partei der Mieter ist." Da durfte man also gespannt sein.

Wenn man die dürftigen Ergebnisse des Kongresses mit dieser Elle mißt, dann ist freilich festzustellen: Klassenziel nicht erreicht. Der Kongreß war ein Lehrbeispiel für den Prozeß der Willensbildung in der CSU. Resolutionsentwürfe der Arbeitskreise mußten unter dem massiven Druck der Hausbesitzer-Lobby "überarbeitet" werden. Der Vertreter des Landesverbandes Bayerischer Haus- und Grundbesitzer Köllreuther gab die Parole aus: "Soziale Sicherheit darf nicht zum Selbstzweck werden". Daraufhin mußten die Delegierten des Arbeitskreises "Soziale Sicherheit des Wohnens" ihren ursprünglich vorgelegten Entschließungsantrag zur Wohnungspolitik ein bißchen korrigieren.

So fand in ihrem zweiten Resolutionsentwurf die Vergleichsmiete im Wohnraumkündigungsschutzgesetz noch Gnade vor den Augen der Delegierten. Sie sei zwar schwierig zu ermitteln, aber doch ihrer Natur nach eine am Markt orientierte Miete. Diesen Vorteil habe sie allen anderen denkbaren Maßstäben für eine Mietobergrenze, nämlich den Tabellen und der Kostenmiete, voraus. In der schließlich verabschiedeten Resolution dieses Arbeitskreises heißt es dann kurz und bündig: "Der Vergleichsmieterregelung haften erhebliche Mängel an...der Kongreß teilt die gegen die Vergleichsmiete vorgebrachten Bedenken."

Auch der Punkt 1B der Resolution, der sich für die Verlängerung der Mietpreisbindung für Altbauwohnungen in München und Hamburg ausspricht, fiel dem Rotstift der Interessen-Mafia zum Opfer. Was von den gutgemeinten Resolutionsentwürfen als mehrheitsfähig übrig blieb, sind vage und unerschöpfliche Stillübungen, wie z.B. "Der Wohnungsbau in der sozialen Marktwirtschaft dient auch dem Ziel, die breiten Schichten der Bevölkerung mit dem Grund und Boden zu verbinden." Aha! Die Hauseigentümer waren zufrieden. S. (-/25.9.1974/ks/ct)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Freller